

## **Gemeinsame Pressemitteilung GRÜNE und CDU stellen Koalitionsvertrag vor**

Die Grünen und die CDU in Mörfelden-Walldorf haben nach einvernehmlichen Beschlüssen der Mitgliederversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen sowie von Vorstand und Fraktion der CDU den Koalitionsvertrag für die Wahlzeit 2021 bis 2026 unterzeichnet.

„Die Wähler:innen haben bei den Kommunalwahlen vom 14. März 2021 den klaren Wunsch nach einem politischen Neubeginn in unserer Doppelstadt zum Ausdruck gebracht.“ So beginnt der Koalitionsvertrag. „Wir verbinden damit den Auftrag, Mörfelden-Walldorf bis 2030 klimaneutral zu gestalten und die gesamte Politik auf Sparsamkeit und Nachhaltigkeit zum Wohle der Bürger:innen neu auszurichten“, erläutern die beiden Fraktionsvorsitzenden Ioannis Karathanasis für die Grünen und Karsten Groß für die CDU: „Wir wollen die Zukunft unserer Stadt gemeinsam mit den Bürger:innen gestalten.“ Dabei wollen Grüne und CDU den Zusammenhalt in Mörfelden-Walldorf stärken und der Vielfalt der Bevölkerung gute, bezahlbare und vor allem nachhaltige Lebensperspektiven bieten. Die neue Koalition werde Vereine, Verbände, Initiativen und engagierte Einzelpersonen einbinden und ein lebens- und liebenswertes Mörfelden-Walldorf für kommende Generationen erhalten.

Der erste große Baustein des Koalitionsvertrags ist ein umfassendes Klimaschutzprogramm: „Wir wollen für Mörfelden-Walldorf bis Ende 2022 einen Masterplan Klimaschutz auf den Weg bringen – in einem interaktiven Dialogprozess mit den Bürger:innen, der Klimaschutz-Kommission, dem örtlichen Gewerbe sowie Vereinen und Umweltorganisationen“, erklärt Elke Cezanne für den Parteivorstand der Grünen. Grüne und CDU seien sich einig, dass der Klimanotstand auch einen Klimavorbehalt für alle städtischen Projekte erfordere. Dazu gehören Maßnahmen und Aktivitäten, wie zum Beispiel ein höherer Anteil erneuerbarer Energiequellen an der Energieversorgung, die Zusammenarbeit mit den regionalen Energieversorgern, der BERMeG und weiteren Partner:innen sowie der Erhalt von Waldgebieten und Freiflächen zwischen und um die beiden Stadtteile als Grünzonen, Schutzgebiete, Naherholungsraum sowie Frischluftgebiete.

„Für die Stadtwerke werden Grüne und CDU prüfen, ob die Ver- und Entsorgungsaufgaben künftig unter dem Dach einer Stadtwerkegesellschaft mit neuen Geschäftsfeldern gebündelt werden sollen, um wirtschaftlichen Betrieb und nachhaltige Ressourcenschonung sicherzustellen“, betont Karsten Groß für die CDU. In jedem Fall sollen eventuelle Überschüsse künftig bei den Stadtwerken verbleiben – als wichtiges Mittel für Eigenkapitalbildung, Gebührenrücklage und Investitionsfinanzierung. Für das notwendige Projekt zur Sanierung der Kläranlage werden Grüne und CDU eine Task Force für ein zentrales Projektmanagement einsetzen, um Bau-, Kosten- und Organisationscontrolling für die Kläranlagensanierung durchzuführen und alle Stellhebel für die Abmilderung der durch Fehlplanungen bereits absehbaren und unabwendbaren Gebührenerhöhungen zu nutzen.

In der strukturell schwierigen Haushalts- und Finanzlage der Stadt sehen Grüne und CDU die erste Pflicht im sparsamen Haushalten – „wir verstehen uns als Treuhänder:innen der Bürger:innen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende. Es gehe der Koalition um dauerhaft ausgeglichene, aber nicht überschüssige Haushalte und nachhaltige Haushaltskonsolidierung durch wirksame Begrenzung der Ausgaben. Es liege im gesamtstädtischen Interesse, Erhöhungen der Steuern- und Gebührenlast zu vermeiden und insbesondere die Grundsteuern so niedrig wie möglich auszugestalten.

Für die Einnahmeseite der städtischen Finanzen setzen Grüne und CDU auch Akzente für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing. Eine mittelstandsorientierte und regional-integrierte Wirtschaftspolitik soll bestehende Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Wirtschaftszweigen schaffen. Dazu bedarf es aktiver Ansiedlungspolitik und intensiveren Stadtmarketings, um für die bestehenden Gewerbegebiete ein Vermarktungskonzept auf den Weg zu bringen, die Gewerbeflächen aufzuwerten, attraktiver zu gestalten und ökologischer auszurichten – mit arbeitsplatzintensiven und zukunftssicheren Unternehmen für eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur.

„Grüne und CDU stehen für eine nachhaltige Stadtentwicklung mit fairem Ausgleich zwischen bezahlbarer Wohnbebauung und gebotem Schutz von Natur und Umwelt“, stellt Ioannis Karathanasis klar. Mörfelden-Walldorf sei eingebettet in die Metropolregion Frankfurt Rhein-Main – „wir wollen unsere Stadt vor allem für Familien attraktiv machen, die bezahlbaren Wohnraum im Ballungsraum suchen und lebenswerte Natur schätzen“, so der Grünen-Fraktionsvorsitzende.

Daher bestehe Einigkeit, das Machbare zu realisieren: Für Mörfelden-Walldorf sei eine Obergrenze von maximal 38.000 Einwohnern für die nächsten 20 Jahre realistisch. An dieser Zielgröße sollen sich städtischen Planungen orientieren. Neben bereits angestoßenen Wohnungsbauprojekten wollen Grüne und CDU alle Bebauungspläne darauf prüfen, wo durch geregelte, verträgliche Verdichtung zusätzlicher Wohnraum entstehen kann, und Potenziale für neue Wohnbebauung umweltverträglich mit einem Flächenverbrauch von maximal bis zu fünf Hektar erschließen.

„Für die Mobilität innerhalb und außerhalb des Stadtgebiets wird die Koalition einen technologieoffenen Masterplan „zukunftsfähige Mobilität“ erarbeiten“, ergänzt Elke Cezanne. Die Stadt solle den kontinuierlichen Ausbau von elektrisch oder nachhaltig angetriebenen Fahrzeugen und Mobilitäts-Sharing-Angeboten unterstützen. Der Wechsel zu alternativen Antrieben und Kraftstoffen soll durch den Auf- bzw. Ausbau geeigneter Lade- und Tankstellen-Infrastruktur aktiv vorangetrieben werden. Zudem geht es Grünen und CDU um ein weitgehendes nächtliches Tempo-30-Limit (22 Uhr bis 6 Uhr) im Stadtgebiet. „Allerdings wollen wir auf wesentlichen Hauptverkehrsstraßen tagsüber auch Tempo 50 erhalten“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Holger Höflein – und ein Radwegekonzept auf den Weg bringen, um Abmarkierung und sichere Gestaltung von Aufstellflächen, Radwegen und / oder Angebotsstreifen für Radverkehr zu realisieren.

Grüne und CDU halten eine Verkehrsentslastung in Mörfelden für wichtig. Da gehe es um den Planungsprozess für eine landschaftsschonende Ortsumgehung für Mörfelden, um die Lärm- und Verkehrsproblematik durch B486 und B44 in Mörfelden zu entschärfen, aber auch um die Herabsetzung der Geschwindigkeit in der Westendstraße auf Tempo 30 im Zuge der Lärminderungsplanung. Für die Frankfurter Straße sei eine verkehrsberuhigende Umgestaltung vorgesehen.

„Zum neuen Kapitel der politischen Stadtgeschichte gehört auch die gemeinsame Position, dass ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Organisationen das Fundament unserer weltoffenen Stadtgesellschaft ist. Wir wollen sicherstellen, dass das städtische Engagement sich gleichmäßig auf beide Stadtteile verteilt“, betont Ioannis Karathanasis für die Grünen.

Kultur sei für eine offene Gesellschaft unverzichtbar – eine Grundlage für Demokratie und friedliches Zusammenleben. In wesentlichen kommunalpolitischen Debatten seien heute noch große gesellschaftliche Gruppen unterrepräsentiert. „Grüne und CDU werden Vereine, Initiativen, Migrant:innen-Organisationen und Religionsgemeinschaften in den Dialog einbeziehen, wenn es um Zukunft und Zusammenhalt geht,“ so der Grünen-Fraktionsvorsitzende. Weltoffenheit hat in Mörfelden-Walldorf eine historische Tradition. „Unsere Aufgabe ist es, die zu uns kommenden Menschen als unsere Mitbürger:innen zu sehen und bei der Integration in unsere Gesellschaft sowie in unser Rechts- und Wertesystem mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu unterstützen“, ergänzt der CDU-Parteivorsitzende René Rink.

Und auch in den sozialen Bereichen der Ältesten und der Jüngsten setzen Grüne und CDU auf Erneuerung. Dazu gehören altersgerechte Wohnungen, ergänzende Einrichtungen und ein neues Bettenhaus im Altenhilfezentrum oder auch ein ehrenamtlicher Senior:innenbeirat, um Einrichtungen, Vereinsangebote und Veranstaltungen besser mit den Anforderungen der Senior:innen zu verknüpfen. Und durch intensivere Zusammenarbeit der städtischen Gremien mit dem Kinder- und Jugendforum in gemeinsamen Formaten sei die Beteiligung bei Jugendrelevanten Themen in der Stadtverordnetenversammlung zu institutionalisieren.

Mörfelden-Walldorf, 2. Mai 2021